

Collectivité européenne d'Alsace
Generaldirektion Attraktivität
Abteilung Europa und Grenzüberschreitendes
Aktenzeichen:
Verfolgt durch: Marton KRASZNAI
Tel.: +33 (0)3 68 33 84 14
E-Mail: marton.krasznaï@alsace.eu

An
Frau Brigitte TORLOTING
Vizepräsidentin des Oberrheinrates
Rehfusplatz 11
D-77694 KEHL

Straßburg, den 8. Januar 2026

Sehr geehrte Vizepräsidentin,

Sie haben mich mit Schreiben vom 11. August 2025 gebeten, die Position der Collectivité européenne d'Alsace zu den auf der Plenarversammlung des Oberrheinrates am 6. Juni 2025 verabschiedeten Beschlüssen mitzuteilen. Gerne übermittle ich Ihnen im Folgenden die Positionen der Collectivité européenne d'Alsace:

1. Erfolgsgeschichte von Interreg Oberrhein fortführen

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli 2025 ihren Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 vorgelegt, der die bereits in der Mitteilung vom 11. Februar 2025 angekündigten Punkte bestätigt und weiterentwickelt, und zwar die Änderung der Haushaltsarchitektur rund um drei Säulen:

- Europäischer Fond für Wohlstand und wirtschaftliche, territoriale, soziale, ländliche und maritime Sicherheit;
- Europäischer Fond für Wettbewerbsfähigkeit;
- „Europa in der Welt“.

In diesem Rahmen ist eine Zentralisierung der Verwaltung vorgesehen, mit der Einführung nationaler und regionaler Partnerschaftspläne in jedem Mitgliedstaat, die durch ein Koordinierungskomitee auf nationaler Ebene überwacht werden. Jeder Mitgliedstaat bleibt theoretisch frei, eine Form der partnerschaftlichen Governance zu wählen.

Die Schaffung dieser nationalen und regionalen Partnerschaftspläne ist zentraler Kritikpunkt, da ihre Funktionsweise derzeit noch sehr unklar ist, insbesondere hinsichtlich Governance, Einbindung lokaler und regionaler Behörden sowie der Abhängigkeit von Zahlungen von Investitions- und Reformzielen. Es ist jedoch zu beachten, dass Interreg-Programme außerhalb der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne bleiben, da ein „Interreg-Plan“ mit einem eigenen Kapitel pro Programm vorgesehen ist. Alle Programme erhalten folglich eine eigene Verwaltungsbehörde, und die Prinzipien der Partnerschaft und geteilten Verwaltung bleiben bestehen. Für die Erstellung der Kapitel sind Konsultationen vorgesehen.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission Maßnahmen angekündigt, die im Sinne einer vom Oberrheinrat geforderten Vereinfachung wirken, wie die Einrichtung eines einheitlichen Portals für alle EU-Fonds und eine ergebnisorientierte Kontrollmethodik statt einer auf Ausgaben fokussierten Kontrolle.

Obwohl die Fortführung von Interreg gesichert erscheint, da ein Interreg-Plan vorgesehen ist, ist bedauerlich, dass das dafür vorgesehene Budget im Vergleich zur laufenden Periode konstant bleiben soll und damit inflationsbereinigt sinkt. Das Programm Horizon Europe bleibt unverändert und soll ein deutlich höheres Budget erhalten, was zu begrüßen ist.

Im Rahmen meiner Sprecherrolle für die Säule Politik der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) werde ich die Entwicklungen zu INTERREG weiterhin genau verfolgen und plane, mit einer Delegation der TMO nach Brüssel zu reisen, um die Interessen unserer grenzüberschreitenden Region gegenüber der Kommission zu vertreten.

2. Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit

Der Klimawandel hat direkte und indirekte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und auf Ökosysteme. Direkte Auswirkungen ergeben sich aus extremen Wetterereignissen (Überschwemmungen, Hitzewellen, Brände, Zyklone usw.). Indirekte Auswirkungen kombinieren drei Krisen: Klimawandel, Biodiversitätsverlust und chemische Verschmutzung, die zur Entstehung von Infektionskrankheiten sowie Krankheiten durch Schadstoffe in Wasser, Boden und Luft führen.

Besonders betroffen sind Kinder, ältere Menschen, Schwangere, chronisch Kranke und sozial benachteiligte Personen, da sie gesundheitlich (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, neurodegenerative Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Allergien, psychische Gesundheit, Übersterblichkeit bei Hitzewellen) und wirtschaftlich-sozial stärker gefährdet sind.

Eine Studie von Santé Publique France und der Universität Aix-Marseille schätzt die Gesundheitskosten von Hitzewellen zwischen 2015 und 2020 auf 37 Milliarden Euro. Berücksichtigt werden Übersterblichkeit, Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte, Produktionsverluste durch Arbeitsausfall, eingeschränkte Aktivitäten und Wohlbefindensverluste. Übersterblichkeit bei älteren Menschen bleibt der teuerste Faktor

Laut einem Bericht von Santé Publique France aus Juni 2023 sind in Frankreich zwischen 2014 und 2022 fast 33.000 Todesfälle auf Hitze zurückzuführen.

Die Luftverschmutzung hat ebenfalls erhebliche gesundheitliche und wirtschaftliche Auswirkungen: Jährlich werden 40.000 Todesfälle durch Feinstaub verursacht. 12–20 % der neuen Atemwegserkrankungen bei Kindern und 7–13 % bei Erwachsenen sind langfristig auf Luftverschmutzung zurückzuführen. Die wirtschaftlichen Kosten werden auf 16,7 Mrd. € geschätzt, d.h. 259 € pro Einwohner und Jahr.

Die Reduzierung von Luftschadstoffen ist daher prioritär. Eine Senkung von Feinstaub und Stickstoffdioxid auf die WHO-Richtwerte würde in der Region Grand Est jährlich 3.900 Todesfälle verhindern, 2.000–2.300 neue Atemwegserkrankungen bei Kindern und 3.200–5.600 neue Fälle bei Erwachsenen vermeiden.

Dabei ist zu beachten, dass Verkehr nicht die einzige Quelle von CO₂- und Feinstaubemissionen ist; auch Landwirtschaft und Industrie sind bedeutende Emittenten, die gezielt begleitet und dekarbonisiert werden müssen.

Die CEA hat mehrere konkrete Maßnahmen umgesetzt:

Prävention und Gesundheit:

- Mutter-Kind-Gesundheit: Mütter- und Kinderschutz, Prävention in Perinatal- und Kleinkindbereich,
- Gesundheitsbildung bei Schülern: gesunde Ernährung, Bewegung, Respekt für den eigenen und fremden Körper,
- Förderung des gesunden Alterns bei Senioren,
- Bekämpfung von Exklusion von Menschen mit Behinderungen,
- Präventionsmaßnahmen für sozial benachteiligte oder isolierte Personen,
- Prävention überrepräsentierter Krankheiten in Elsass (Krebs, psychische Gesundheit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes),
- Förderung von Sport und Gesundheit,
- Umweltschutzmaßnahmen (Luft, Lärm, Bildschirme, Vektoren, allergene Pflanzen),
- Kontrolle von Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit,
- Notfallhilfe und Brandprävention.

Ökologische und energetische Transformation:

- 30 Verpflichtungen, 564 Mio. € bis 2030 in nachhaltige Projekte,
- Förderung nachhaltiger Mobilität (Radwege, Carsharing, Lärmschutzwände, R-Pass, „Straße & Biodiversität“-Charta),
- Energetische Sanierung von Wohnungen (1.184 saniert, Schaffung von Wohnhäusern),
- Ausbau erneuerbarer Energien (Photovoltaik, Mikro-Kraftwerke),
- Schutz von Biodiversität und Natur (500.000 gepflanzte Bäume, Pflege von Gewässern, Naturschutzflächen, Reinigungsaktionen),
- Sensibilisierung und Bildung (230.000 Bürger jährlich).

3. Grenzüberschreitende Bekämpfung invasiver Pflanzen intensivieren – *Datura stramonium*

Die CEA begrüßt die Resolution des Oberrheinrates zum *Datura stramonium*.

Diese Pflanze ist extrem giftig für Menschen und Tiere und verursacht weltweit zahlreiche Vergiftungsfälle, oft unbeabsichtigt, vor allem in Gemüseanbauflächen.

In Frankreich ist *Datura stramonium* in Sommerkulturen und im Gemüsebau konkurrenzstark, sein vegetatives Wachstum und die Herbizidresistenz können problematisch sein.

Die CEA verfolgt eine Politik der Überwachung und Bekämpfung invasiver Arten mit Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. *Datura stramonium* fällt unter diese Maßnahmen.

Die Frage eines Verkaufsverbots, wie in der Resolution gefordert, wurde bei der 50. deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission am 3. November 2025 von CEA-Vertretern angesprochen. Eine gemeinsame Untersuchung in den drei Ländern ist vorgesehen; ein Bericht wird 2026 vorgelegt. Die Arbeitsgruppen „Umwelt“ und „Landwirtschaft“ der Oberrheinkonferenz identifizieren und dokumentieren Schäden für Umwelt und Landwirtschaft.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung dieser Anmerkungen, die gegebenenfalls bei der nächsten Sitzung durch die gewählten Vertreter der Collectivité européenne d'Alsace erläutert werden können.

Mit freundlichen Grüßen,

Der Präsident der Collectivité européenne d'Alsace

Frédéric Bierry